

Zeitung Wand

Die Zeitung von unten!

Kölner

Juni 1984 17

Die Kölner Wandzeitung berichtet regelmäßig über Aktionen gegen Kölner Klüngel, Verschwendung, Schiebereien, Spekulationsgeschäfte, Unterdrückung, Beamtenwillkür auf Kosten des kleinen Volkes.

Flugblätter und Plakate werden bevorzugt abgedruckt. Diese Zeitung wird in Köln an die Wände geklebt und ist an einigen Stellen (SSK) für 50Pfg zu kaufen. Wer uns unterstützen will, kann uns beim Kleben und Verbreiten helfen und/oder ein Förderabonnement bestellen. Jahrespreis ab 50,- DM. Damit wird ein Teil der Druckkosten finanziert. Wer wenig Geld hat erhält es für 25 Mark.

Wer abonniert zahlt 50,- oder 25,- auf Postscheck Köln 381 86/507 G.Siber/Wandzeitung
Herausgeber: SSK e.V.
Verlag: Kölner Stadtforum e.V.
Druck: Betrieb, Merkenicher Str.99

Verantwortlich:
Petra Offergeld
Kathi Kaecke

Weg mit der Zwangsarbeit !

Arbeitslose Sozialhilfeempfänger und Anylanen werden gezwungen, „gemeinnützige Arbeit“ zu machen – noch mehr Leute sollen so abgeschreckt werden, damit sie das Geld, das ihnen vom Sozialamt zusteht, erst gar nicht in Anspruch nehmen.

Wenn du diese Arbeit nicht machst, versuchen sie dir die Hohle zu streichen. Zunächst kürzen sie die Hilfe um ein Fünftel. Jedes Jahr sollst du drei Monate arbeiten (die Drohung mit einer längeren Verpflichtung für 5 oder 6 Monate ist Quatsch) - jeden Tag von 7 bis 12. 12.30: auf dem Friedhof Laub kehren, beim Straßenbauamt Verkehrsschilder putzen, in der Sporthalle aufräumen, in den städt. Wäschereien, in Krankenhäusern und Altenheimen putzen, und was es sonst noch an stumpfsinniger Maloche bei der Stadt Köln gibt.

Bezahlt wird diese Arbeit nicht, die 1,50 DM (bisher 1,25) sind ein Witz! Sozialversichert bist du natürlich auch nicht, das heißt, du kannst noch so lange arbeiten, hast aber keinen Anspruch auf Geld vom Arbeitsamt. Bist du mal krank, dann mußt du diese Zeit nacharbeiten! Und: wer sich von seinem Arzt öfter krankschreiben läßt, wird vom Sozialamt direkt zum Gesundheitsamt geschickt. Fehlst du einen Tag unentschuldig, kürzen sie dir 1/3 der Hilfe. Zum Beispiel: 345,- Regelsatz + 255,- Miete, dann ziehen sie dir von diesen 600 Mark noch 20 Mark ab.

ABER: Sie dürfen nicht die Zahlungen für Familienangehörige und Miete kürzen! Wenn sie das versuchen, sofort WIDERSPUCH einlegen!

In Köln werden jetzt schon jedes Jahr über 2000 Sozialhilfeempfänger zu diesen Arbeiten gezwungen. Immer mehr feste Stellen kann die Stadt Köln dadurch einsparen, also Leute rauschmeißen.

Aber viele wehren sich auch, verweigern die Arbeit oder gehen erst gar nicht zur Einweisungsstelle am Hohenstaufenring 33/35 (dem Sklavenhändler Pitsch). Solange allerdings jeder einzeln die Zwangsarbeit verweigert, sich krankschreiben läßt usw. könne sie jeden einzelnen fertigmachen und die Zwangseinweisungen fortsetzen.

ALLEIN MACHEN SIE SICH EIN !

Die Herren vom Sozialamt scheinen selbst zu wissen, was für eine SAUERER diese Pflichtarbeit ist. Denn sie halten es ziemlich geheim, geben keine Berichte an die Presse. In anderen Städten (Bremen, Dortmund) mußte die

Pflichtarbeit eingestellt werden, weil die Betroffenen sich zusammengetan und die Öffentlichkeit Druck gemacht hat.

Wenn wir uns zusammentun, die Zwangsarbeit öffentlich machen, wird es denen da oben schwerer fallen, uns zur Pflichtarbeit zu verdonnern. Druck machen können wir schon, indem wir gegen die Einweisung protestieren. schriftliche Bescheide verlangen gegen die dann Widerspruch eingelegt und geklagt werden kann. Oder indem wir mit den anderen auf den Arbeitsstellen gegen diese Maloche protestieren.

Was wir alles machen können wollen wir zusammen besprechen: Jeden Freitag von 15 bis 17 Uhr, Kalz, Phillipstr.23, Ehrenfeld, Tel. 518111. Falls ihr Fragen oder Probleme habt, oder wissen wollt, wie man z.B. Widerspruch einlegen kann, kommt vorbei oder ruft an.

Initiative
Weg mit der Zwangsarbeit

Wesentliches Zeichen unserer Demokratie ist die grundgesetzlich verankerte Gewaltenteilung. Ihr soll in den einzelnen Gemeinden beispielsweise die strenge Trennung zwischen den Kompetenzen des Stadtrats und der Stadtverwaltung dienen. Kommunalpolitisch wichtige Angelegenheiten dürfen nur im Stadtrat im Sinne des Allgemeinwohls entschieden werden. Die Verwaltungsbeamten haben dabei lediglich eine beratende und informierende Funktion. Keinesfalls dürfen sie eigenmächtig vollendete Tatsachen schaffen oder Ratsbeschlüssen vorgreifen. Dafür, daß dies alles nur noch eine billige Fassade ist, hinter der die Bürger verraten und Geschäftemacher großen Stils mit Steuergeldern bedient werden, sorgen Existenzen wie Stadtdirektor Heinz-Ludger UHLENKÜKEN.



Nach Spekulations-Skandal anno '81 tritt nun

»Seine Existenz S.L. Uhlenküken«

in Faber's Fußstapfen

In den letzten drei Monaten häuften sich die Presseartikel darüber, daß die "drei seit März '81 besetzten städtischen Sozialhäuser in Porz-Ensen endgültig geräumt werden sollten". Anschließend werde die NEUE HEIMAT-Tochter NWDS (Nordwestdeutsche Siedlungsgesellschaft) diesen "lästigen Klotz am Beine der Stadt" in Erbpacht übernehmen. Und immer wieder wurde Stadtdirektor UHLENKÜKEN zitiert, der so tat als sei alles beschlossene Sache.

Wir, die "Selbsthilfe gegen Wohnungsnot-Porz" e.V. haben in aller Öffentlichkeit dagegen Sturm geläutet, weil dadurch nicht nur uns sondern auch der Allgemeinheit schwerer Schaden zugefügt worden wäre: So bekamen die NWDS und ihr Verhandlungspartner UHLENKÜKEN schließlich kalte Füße. Klammheimlich nahm man Abstand von diesem Vorhaben.

Nun herrscht wieder das Schweigen im Walde. Und nichts wäre unseren sog. Bürgervertretern, allen voran die SPD, lieber, als daß auch wir uns dem Schweigen über dieses Kapitel asozialster Wohnungspolitik anschließen.

Doch lange genug hat man uns wie absoluten Dreck behandelt. Nichts haben sie mehr verdient, als daß die üblen "Verwaltungs"praktiken dieses Mannes, der hier in Köln den Stadtdirektor spielt und den alle Parteien schalten und walten lassen, an die Öffentlichkeit gelangen. Denn was wir hier am Ensen Weg verhindern konnten, nämlich daß er als treuer Diener des großen Geldes Millionengeschäften den Weg ebnet, hat er in Köln schon mehr als einmal geschafft (siehe z.B. die brutale Räumung dreier türkischer Familien aus dem vom SSK besetzten Huas NIEHLER STR. 105 im Sommer '83)

Uhlenküken's vereiteltes Millionending

In der Presse ließ UHLENKÜKEN lauthals verkünden, daß 1 qm NWDS-renovierter Wohnraum 4,- DM koste und dann Bevölkerungsschichten, denen nur eine geringe Mietbelastung zuzumuten sei, zur Verfügung stehe.

Die ganze Wahrheit ist aber, daß jeder qm Wohnraum am Ensen Weg den Steuerzahler monatlich (!) 8,70,- DM kosten sollte. Warum?

Um nach außen hin seiner Räumungsaktion des benötigten sozialen Anstrich zu verpassen, hatte UHLENKÜKEN einige "Sonderzuschüsse" für die NWDS vorgesehen, die den Mietpreis künstlich auf 4,- DM senken sollten.

1. Die NWDS sollte von der Stadtverwaltung ein Darlehen in Höhe von 4 65.000,- DM zu dem lächerlichen Zinssatz von 0,5 % zur Verfügung gestellt werden.
2. Ein weiterer gänzlich geschenkter Zuschuß sollte 1,-DM/qm/mtl. sein. Macht: jährlich: 1 3.176,- DM einfach so.

Mit den 465 000,- DM hätte die Stadt ohne weiteres 8,5 % Zinsen, also jährlich 39 525,-DM mehr erwirtschaften können, was umgerechnet 3,-DM pro qm/mtl. ausmachen würde. Zusammen mit dem 1-Mark-Zuschuß pro qm sind das also schon einmal 4,- DM, die der NWDS-renovierte Wohnraum den Steuerzahler monatlich kosten würde. -Ohne daß er es erfährt.

Die öffentlich zugegebenen Kostenmiete von 4,-DM hätte ebenfalls die Allgemeinheit zu tragen. Denn bei einer Fremdverwaltung durch die NWDS wäre es mit Sicherheit keinem der Bewohner möglich gewesen, sich jemals aus der Behördenabhängigkeit zu lösen. Die Miete wäre also über Wohngeld etc. und damit über den Steuerzahler finanziert worden.

Nicht zu vergessen ist bei alledem, daß die NWDS nebenbei auch noch den "normalen" Zuschuß vom Land (ca 26 % der Renovierungskosten) kassiert hätte, als ca. 3 30.000,- DM

der ebenfalls nicht zurückgezahlt werden bräuchte.

Außerdem müßte bei einer Vergabe der Häuser an die NWDS ihre Bindung als Einrichtungen der Obdachlosenhilfe aufgelöst werden, d.h. der 1966 zweckgebunden gewährte Zuschuß vom Land müßte von der Stadt auf einen Schlag zurückgezahlt werden. Das sind

1 50.000,- DM

Die noch fehlenden 70 Pf. pro qm, die die Erbpacht dank UHLENKÜKENs Freundschaftangebot von 760,-DM Erbpacht für drei Häuser ausmacht, scheinen er und die NWDS vergessen zu haben. Mit Sicherheit müßten sie aber der Steuerzahler aufbringen.

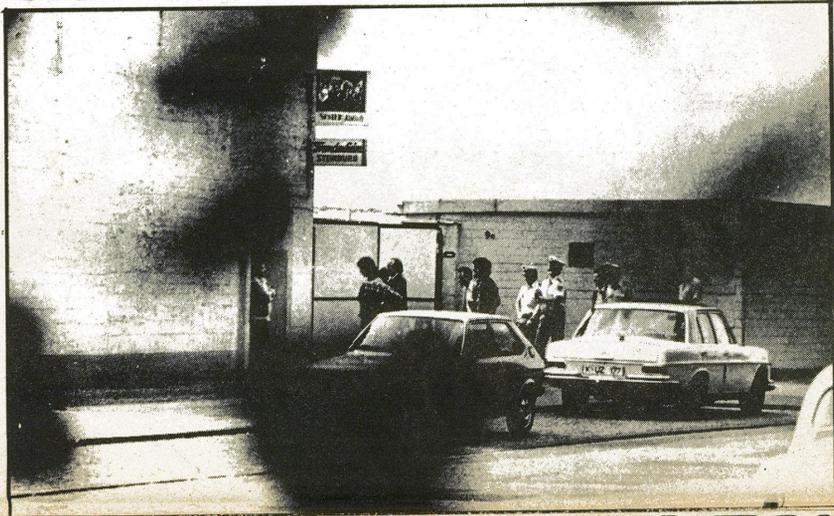
Und wer verstehen will, wie so etwas wie die Fast-Pleite der NEUEN HEIMAT mit ihren anstehenden katastrophentypischen Auswirkungen auf die allgemeine wohnungspolitische Situation möglich wird, braucht nur noch mal hinzugucken:

Selbstverständlich war die Stadt bereit, hinter der Bank, die zwecks Renovierung der NWD S eine von 290 000,-DM gewähren wollte, an die 2. Stelle der Gläubiger zu treten. Den Wert der Häuser schätzt sie aber nur auf 230 000,-DM. Zu deutsch heißt das: Käme es wirklich einmal hart auf hart und die Häuser unter den Hammer, so bliebe für die Stadt keine müde Mark mehr übrig. Der schöne Zuschuß von 465 000 DM wäre dahin. Aber was soll's, es geht ja nach dem Motto:

Das Volk ist doch geduldig, und dann sparen wir eben noch etwas....
...an den Renten, der Sozialhilfe, dem Kindergeld, Wohngeld....und so weiter und so heiter

Nur auf jahrelangem Protest des SSK sahen sich Beamte veranlaßt, dienstlich einen Bericht über die Unterkunft von Obdachlosen zu verfassen:

.....AM BESTEN DAS



GANZE SPRENGEN"

„Der Bunker war mit ca. 96 Personen belegt. Es handelt sich vorwiegend um Dauerbewohner. Bei den „Zimmern“ handelt es sich um Zellen mit Betonwänden, die nicht größer als 6 - 8 qm waren. Die fensterlosen Zellen wurden mit Neonröhren oder nackten Glühlampen beleuchtet. Nur in den oberen Etagen wurden die Zellen durch schief-schachtähnliche Schlitzsehr unzureichend belüftet. Die übrigen Räume wurden durch eine sogenannte Belüftungsanlage belüftet, die alle zwei Stunden von Hand bedient wurde. Wenn die Flure völlig verqualmt waren, dann schaltete man die Anlage kurz an. Schon der Besichtigungsweg führte bei den Beamten dazu, daß sie unter Sauerstoffmangel litten. Betreiber Hirsch: „Entsprechende Investitionen hätten sich nicht gelohnt!“ Verschiedene Wohnzellen waren feucht, schimmelig und klamm. Die Beamten fanden in einer Zelle einen Mann, der ein gebrochenes Bein hatte. Ihm wurde seit einer Woche jegliche Hilfeleistung verweigert. Auch ggf. nicht von der Hand zu weisende psychische Beeinträchtigungen in den zellenartigen Räumen, die in ihrer Beschaffenheit einer Justizvollzugsanstalt bei Weitem nicht entsprechen dürften, sind zu berücksichtigen.“

Die Bunkerunterkünfte sind menschenunwürdig und untragbar, insbesondere, wenn man an die Mindestanforderungen für Tierunterkünfte anknüpft.“

Nach diesem erschütternden Bericht ermittelte die Staatsanwaltschaft auch noch, daß mehrere Bunkerinsassen wegen sträflicher Untätigkeit der städtischen Behörden, insbesondere des Gesundheitsamtes, an offener TBC elendig zu Grunde gegangen waren. Lediglich gegen zwei untergeordnete Schreibtischtäter wurden zwei milde Strafbefehle verhängt.

SONST WAR ALLES IN ORDNUNG !!

- Dreißig Jahre kassierte der Betreiber Hirsch bis zu 45,- DM für den Quadratmeter seiner Höhle von den Ärmsten der Armen.
- Staatsanwaltschaft dazu heute: Kein Mietwucher!
- Genauso lange schickten gewissenlose Beamte, wie Herr Göbel (Nichtsesshaftenhilfe) obdachlose Männer ohne Alternative in den Bunker.
- Staatsanwaltschaft dazu heute: Keine Nötigung!
- Trotz vorgelegter Atteste über schwere Gesundheitsschäden einzelner Bunkerbewohner hat die findige Staatsanwaltschaft heute erkannt: Keine Körperverletzung!

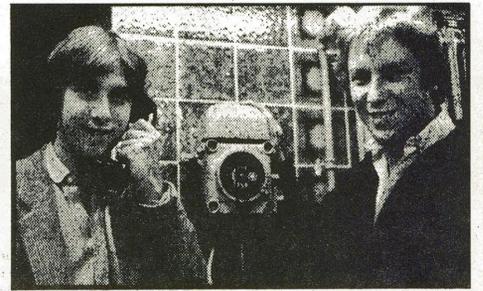
Das ist die Problembewältigung der Justiz in diesem unseren Lande. Ob diese ständigen Mißhandlungen von der Staatsanwaltschaft wohl anders beurteilt würden, wenn die Insassen des Bunkers nicht als Arbeiter, sondern als „Deutsche Schäferhunde“ zur Welt gekommen wären?

Bevor die Akten geschlossen werden, schauen Sie sich nur noch an, wie die Justiz mit zwei der kleinsten Schreibtischtäter am 12.7. um 10.00 Uhr im Amtsgericht Köln in äußerst milder Form gerichtlich verfährt.

v.l.s.d.r.P. Jochem Bauer, Mitglied im SSK, Liebigstr. 25, 5 Köln 30

Zwangsräumung des Hauses Salierring 37 DIE DEN HALS NICHT

VOLL KRIEGEN



Erfolgreiches Gastronomie-Gespann: Ronni (r.) u. David Sporn. Foto: Thoms

Nicht, daß wir Almosen von Hauseigentümern wollen. Sie sollen auch ruhig auf den Schnitt kommen. Aber was aus dem Haus Salierring 37 gequetscht werden soll, ist einfach zuviel.

Die Hauseigentümer Ronni, David und Eta Sporn-Heimann wollen nämlich jetzt den SSK und 28 Bewohner vor die Tür werfen lassen, um das Hausgrundstück „besser verwerten“ zu können. Sie wissen, daß für viele Ausgestoßene, Kranke und arme Menschen seit mehr als 10 Jahren dieses Haus eine Zuflucht ist. Sie wissen ganz genau, welche Not und Verzweiflung sie mit dem zwangsweisen Rausschmiß erzeugen. Jetzt spekulieren sie offenbar damit, dieses Wohnhaus abzureißen oder luxuzumodernisieren.

In der Vergangenheit aber haben sie bereits in mehreren Wellen die große Kasse gemacht. Immer mit Hilfe Obdachloser und des SSK:

- ♥ Gekauft hat das damalige Hotel Astor Leo Sporn, der Vater der Jungunternehmer, in den 50iger Jahren zu einem Spottpreis von Frau Marianne Kievernagel.
- Das Hotel gedieh aber eher als Absteige: So waren im Jahre 1973 über Wochen hinweg Zimmer aus „Happy Day“ vermietet. „Happy Day“ war aber ein stadtbekanntes Zuhälterlokal.
- ♥ 1973 quartierte die Stadt Köln obdachlose Jugendliche in den Sporn Hotels/Absteigen Astor, Salierring, Daron in der Jülicherstr. und Elite ein, die sie anderswo nicht unterbringen konnte. Im selben Jahr schloß sie einen Vertrag mit dem SSK und verpflichtete sich, für jeden Jugendlichen für mindestens 6 Wochen Unterkunft und Verpflegung zu bezahlen. Es gab einen Ansturm ohnehin. Sporns Hotel Astor war bald ganz mit SSK-Jugendlichen belegt und bald waren bis zu 75 Jugendliche in dem für ca. 35 Gäste zugelassenen Hotel. Für jeden zahlte die Stadt täglich 22,- DM für Zimmer mit Frühstück. Das Personal zog Sporn nach und nach ab, die SSK-Betreuer taten seine Arbeit unentgeltlich. Bettwäsche, Geschirr und auch Reparaturen wurden aus der SSK-Kasse bezahlt. Sporn holte monatlich bis zu 45.000 DM bei der Stadt ab. Gesamtkasse in gut einem halben Jahr: ca. 250.000 DM.
- ♥ Nach der Schließung des Hauses im Februar 1974 ließ der SSK die Versiegelung gerichtlich aufheben und zog nach und nach mit Duldung von Sporn wieder ein. Das Haus wurde instandgesetzt. Die Ambulanz im SSK zog ein, die nun seit 10 Jahren dort kranke Menschen behandelt, ohne nach Herkunft, Krankenschein usw. zu fragen. Ab 1977, als das Haus wieder voll bewohnbar war, zahlte der SSK monatlich 1.500,- DM an die Sporn-Familie. Bis heute wieder ca. 113.000 DM, ohne sonderliche Unkosten für die Eigentümer.
- ♥ 1982 zog Sporn vor Gericht: Er wollte wieder Kasse machen. Wir, die Bewohner waren seinen geldgierigen Plänen hinderlich. Er diffamierte uns als streunende Personen, die sein Haus besetzt hätten. Nun hat das Kölner Landgericht ein Urteil gesprochen. Besetzer, wie Sporn es behauptet, sind wir demnach nicht. Vielmehr hat Sporn durch die jahrelange Annahme der Miete einen Vertrag geschlossen. Doch weil der SSK ein Verein ist und keine Person, so die hiesigen Juristengedanken, ist es ein gewerblicher Vertrag; Deshalb bestehe kein Mieterschutz, obwohl lauter menschliche Wesen dort teils jahrelang, regulär und angemeldet leben. Nun besteht die Gefahr der Zwangsräumung.

Wir meinen aber, der Gierhals wäre voll genug. Es muß auch mal der größte Reibach ein Ende haben. Wir wohnen seit ca. 10 Jahren im Haus, haben es wieder instandgesetzt und seit 1977 mehr als die ortsübliche Vergleichsmiete gezahlt und wollen das auch weiter tun. Dabei haben wir Sporn durch Eigenarbeit Reparaturen abgenommen, haben das Haus selbst verwaltet, so daß er kaum Kosten und keine Lasten zu tragen hatte.

Freunde des SSK waren und sind immer noch bereit, einen ordentlichen Kaufpreis zu zahlen. Doch die Sporns wollen noch mehr: Offensichtlich bauen sie auf eine illegale Abriß- oder Umbaugenehmigung, die sie sich weiß Gott wie zu beschaffen gedenken.

Doch jetzt muß Schluß sein !!!
Wir werden nicht freiwillig vor solchen Geschäften in die Obdachlosigkeit oder in städtische Asyle verschwinden. Wir sehen auch nicht tatenlos zu, daß wieder billiger Wohnraum für Geldgeschäfte vernichtet wird.

HELFFEN SIE UNS !!!

Fragen Sie die Hauseigentümer, ob wir der Geldgier zum Opfer fallen sollen: Telefon David Sporn - Büro 234197 / Privat 378692
Ronni Sporn - Büro 218619 / Privat 486788

Dies also war die "soziale Lösung", die UHLENKÜKEN nach der Räumung der Öffentlichkeit präsentieren wollte. Und alle Parteien, die SPD nicht minder als die CDU, wären ohne die Kommunalwahlen anscheinend mit ihr einverstanden. Bis zum heutigen Tage hat sich jedenfalls noch keiner öffentlich darüber muckiert, daß UHLENKÜKEN auf unzulässige Weise mittels Tischvorlagen seine NWDS-Verwaltungsvorschläge in den Rat bzw. Ausschuß einbrachte. Es störte offensichtlich ebenfalls keinen, daß er in seinen Überraschungsaktionen außerdem noch die ihm vorliegenden, weitaus günstigeren Angebote von uns, der Selbsthilfe gegen Wohnungsnot-Porz" e.V., und Herrn R. Stärk einfach unterschlug.

Wir fordern Verträge für Selbsthilfe und Eigenleistung

Wir, die Bewohner der Häuser, WOLLEN UND KÖNNEN die Häuser ebenfalls in Erbpacht übernehmen. Und wir meinen, daß uns dies zusteht. Denn schließlich haben wir die Häuser vor dem Abriß gerettet. Wir haben sie in den vergangenen drei Jahren ohne jede Unterstützung in Eigenleistung renoviert (seit Weihnachten haben wir sogar Strom auf eigene Kosten verlegt). Unsere eigene Firma, mit der ständig ca. 20 von uns ohne Inanspruchnahme irgendwelcher "Sozialgelder" ihren Lebensunterhalt bestreiten, ermöglicht es uns auch, einen geringen Mietzins aus eigener Kraft zu bestreiten. Unser Renovierungsvorschlag, den wir durch entsprechende Gutachten untermauern ließen, beläuft sich auf max 425 000 DM, was die öffentlichen Gelder auf max. 120 000 DM senken würde. Durch unsere Eigenleistungen würde sich der effektiv zu zahlende Mietzins pro qm/mtl. auf knapp 2,- DM senken, d.h. wir schaffen hier Wohnraum, der tatsächlich finanzschwachen Bevölkerungsschichten zur Verfügung stünd. Und in unseren gemeinschaftlichen Sitzungen gewährleiten wir, daß hier auch diejenigen eine Chance haben, für die draußen nur ein Platz in Heimen, Abschiebeeinrichtungen oder auf der Straße vorgesehen ist. Grundlage dazu ist unser Nutzungskonzept, das wir in unserer Vereinsatzung verankert haben und das mittlerweile auf immer größere Beachtung stößt. (Siehe umseitig abgedrucktes Schreiben von der Technischen Hochschule Aachen)

Sie können uns helfen

- RUFEN Sie bei der Stadt und den einzelnen Fraktionen an und
- ◆ Fordern Sie, daß die Stadt endlich auf unser Angebot eingeht und in Verhandlungen mit uns tritt. Und zwar vor der Kommunalwahl !
- ◆ Fordern Sie, daß Stadtdirektor UHLENKÜKEN SEINES AMTES ENTHOBEN WIRD !!! Erkundigen Sie sich nach unser Dienstaufsichtsbeschwerde gegen ihn
- ◆ Fragen Sie nach den Plänen für die NIEHLER STRASSE in Köln Nippes und lassen Sie sich nicht mit einem Fluchtlinienplan von anno dazumal abspeisen. Denn dort "tätigen" skrupellose Geschäftemacher, einige davon in Amt und "Würden", zur Zeit Millionengeschäfte, denen UHLENKÜKEN rücksichtslos den Weg ebnet.
- FORDERN Sie, daß ihm die Sache aus der Hand genommen wird, denn nur er und seine engsten Vertrauten kennen die wirklichen PLÄNE für die NIEHLER STRASSE.

TEL.: OStd. Rossa: Kln/221-2052 od. 2053, SPD-Fraktion: Kln/221-6480
CDU-Fraktion: Kln/221-6605

Lehrstuhl für Planungstheorie

Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen

Fernruf (Durchwahl):

Vorwahl (0241)
Sekretariat 80 50 29

Architekturgebäude
(Reiffmuseum)
Schinkelstraße 1

5100 Aachen

Lehrstuhl für Planunstheorie - RWTH



An die
Stadt Köln
zu Hd. v. Herrn Uhlenkücken
Liegenschaftsamt

5000 Köln

ka/Na

4. Mai 84

Betr.: Porzer Selbsthilfe e. V. gegen Wohnungsnot

Sehr geehrter Herr Uhlenkücken

Wie Ihnen bekannt sein dürfte, haben wir im September 1982 ein Gutachten über die oben genannte Gruppe und ihre konkreten Ziele zur Benutzung der 3 Häuser an Eusener Weg 64 - 68 erstellt. Wir hatten damals auf den Pilotcharakter des Projektes in Rahmen der Wohnungsversorgung und Sozialfürsorge hingewiesen und Ihnen empfohlen, die Gruppe zu unterstützen. Wir möchten Ihnen hiermit ankündigen, daß ein 2. Gutachten von uns in Arbeit ist. Dieses Gutachten wird sich im Näheren mit dem Prozeß der letzten 1 1/2 Jahre beschäftigen und dazu Stellung nehmen, wie weit die Gruppe ihre damaligen Ziele verfolgen konnte und in wie weit sie geeignet ist, als eigener Träger für die Häuser am Eusener Weg zu fungieren. Das Gutachten wird Ihnen bis Ende Mai vorliegen. Wir bitten Sie, es bei allen anstehenden Entscheidungen über die weitere Nutzung der Häuser am Eusener Weg mit heranzuziehen.

Vielleicht sollten wir Ihnen vorab bereits mitteilen, daß wir - trotz einiger Schwierigkeiten bei der Verwirklichung des Modells dieser Gruppe - Ihnen dringend empfehlen werden, diese Gruppe von Ihrer Seite aus voll zu unterstützen, da es sich um ein Projekt handelt, daß Modellcharakter in der gesamten Bundesrepublik beanspruchen kann. Wir denken dabei gerade auch an die künftig verschärfte anstehenden Probleme von Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit und Sozialstaatsleistungen.

Vielleicht sollten wir noch darauf hinweisen, daß unsere Gutachtertätigkeit uneigennützig und aus rein wissenschaftlichen Interesse erfolgt. Wir werden auch in den einschlägigen Publikationen auf die Porzer Selbsthilfe e.V. hinweisen.

Mit freundlichen Grüßen

G. Fehl
(Prof. Dr. Ing.)